

Veranstaltung „Deutschland einig Vaterland?“

06. – 08. November 2009, Akademie für politische Bildung, Tutzing

Das wiedervereinigte Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Demographie und Migration

- Foliengestützte Kurzfassung -

Hans-Peter Gatzweiler, BBSR

1. Vorbemerkung

Als der Sozialismus 1989 unterging und die DDR kapitalistisch wurde, war es ausgerechnet die Gleichheit, die zum Maßstab der Wiedervereinigung erklärt wurde. Das Postulat lautete und lautet bis heute – nachzulesen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP –: Weitgehend gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West. An diesem Maßstab orientiert sich der Vortrag. Empirisch stützt er sich auf das vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) betriebene Räumliche Informationssystem, die Laufende Raumbearbeitung: raumbearbeitung.de.

2. Das raumwirksame Engagement des Bundes

Das raumwirksame Engagement des Bundes im Zeitraum 1991 bis 2008 zielt speziell darauf ab, gleichwertige Lebensbedingungen zwischen Ost und West zu schaffen. Bei diesen raumwirksamen Bundesmitteln handelt es sich um Istaussgaben oder bewilligte zinsgünstige Darlehen. Pro Kopf bezogen wird die bewusste politische Schwerpunktsetzung zugunsten der neuen Länder deutlich. Vor allem die Bereiche Finanzausgleichspolitik sowie Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik schlagen stark zu Buche; sie bedeuten eine finanzielle Basissicherung für die ostdeutschen Regionen. Auch der Ausbau der großräumigen Verkehrsinfrastruktur insbesondere in den 90er Jahren wird deutlich (Folie 1).

3. Regionale Lebensqualität in Ost und West aus Bürgersicht

Angesichts der finanziellen Aufwendungen und Anstrengungen des Bundes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in Ost und West interessiert zunächst, wie die erreichten Lebensbedingungen aus der Sicht der Bürger und Bürgerinnen bewertet werden. Gestützt auf die Laufende BBR-Umfrage zeigt sich, dass auch heute noch eine erhebliche Ungleichwertigkeit der Lebensumstände in Ost und West vorliegt. Unabhängig von den persönlichen Lebensumständen ist bei der Bewertung des Wohnortes jedoch bis auf die Mittelstädte Ost eine Angleichung der Zufriedenheit mit dem Wohnort festzustellen (Folie 2).

Was steckt hinter diesen Bewertungen? Betrachtet man verschiedene Aspekte der Lebenssituation – Wohnung, Wohnumfeld, Wohnort, Umweltbedingungen, wirtschaftliche Lage – als Determinanten der Lebenszufriedenheit, zeigen sich im Zeitvergleich interessante Unterschiede. So hängt im Osten die Lebenszufriedenheit zunehmend weniger von der Zufriedenheit mit den konkreten Wohn- und Wohnumfeldbedingungen vor Ort ab als im Westen. Die bestehenden Ost-West-Unterschiede lassen sich relativ deutlich auf die unterschiedliche Einschätzung der wirtschaftlichen (und der damit verbundenen Arbeitsmarkt-)Situation zurückführen. Sie überlagert die davon unabhängigen, ortsspezifischen Lebensverhältnisse (Folie 3).

Eine Regressionsanalyse zeigt, dass zwei Indikatoren die subjektive Bewertung der Lebensqualität gut erklären: die Arbeitslosenquote und der Wanderungssaldo der 18- bis 30jährigen. Je höher die Arbeitslosigkeit und je negativer der Wanderungssaldo einer Region, desto niedriger wird die Lebensqualität eingeschätzt, d. h. umso geringer ist der Anteil zufriedener Bürger (Folie 4).

4. Gibt es noch eine innerdeutsche Grenze?

Gerade an der unmittelbaren Nahtstelle zwischen Ost und West, im ehemaligen innerdeutschen Grenzraum, waren die Erwartungen und Hoffnungen groß, dass mit der Deutschen Einheit eine rasche Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse stattfinden würde (Folie 5). Haben sich diese Erwartungen und Hoffnungen erfüllt? Ist speziell im ehemaligen innerdeutschen Grenzraum nach mehr als 15 Jahren eine rasche Angleichung festzustellen?

Diese Fragen sollen auf der Grundlage vorliegender kleinräumiger Analysen (auf Gemeindeebene) des BBSR zu Wachstums- und Schrumpfungprozessen in Deutschland beantwortet werden. Die Situation und Entwicklung im Grenzraum wird dabei kartographisch fokussiert, quasi mittels einer Lupe, dargestellt. Als Grenzraum wird der Raum östlich und westlich der ehemaligen Grenze in einer Tiefe von jeweils 25 km definiert bzw. abgegrenzt.

Für die Erklärung regionaler Unterschiede in der subjektiven Bewertung der Lebensqualität hat die Arbeitsmarktsituation bzw. **Arbeitslosenquote** – wie schon gezeigt – einen hohen Erklärungswert. Der Blick auf die Situation im ehemaligen Grenzraum zeigt auch nach rund 20 Jahren Wiedervereinigung noch ein von Nord nach Süd durchgängig verlaufendes, abruptes, steiles Ost/West-Gefälle. Erst bei genauerem Hinsehen sind Anzeichen einer Angleichung zwischen westlichem und östlichem Grenzraum zu erkennen (Folie 6).

Wanderungen der Bevölkerung gelten schon immer als „Abstimmung mit den Füßen“ über regionale Lebensverhältnisse. Auch ein Blick auf den **„Wanderungssaldo“** zeigt fast trennscharf die immer noch bestehenden Ost/West-Unterschiede in den Lebensverhältnissen und der Arbeitsmarktsituation. Die Wanderungsverluste sind besonders hoch in den Teilräumen, in denen auch die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist (nördliche Altmark, Ostprignitz, Raum Nordthüringen/Harz). Der westliche Teil des Grenzraums ist dagegen doch schon eher ein buntes Patchwork von Städten und Gemeinden mit Wanderungsgewinnen und -verlusten (Folie 6).

5. Schrumpfende und wachsende Städte und Gemeinden

Wie schaut die aktuelle Entwicklung im Grenzraum insgesamt aus? Lässt sich die ehemalige Grenze in der Zusammenschau von Einzelentwicklungen noch festmachen an räumlichen Entwicklungsunterschieden? Diese Frage soll mittels eines Indikatorenmodells beantwortet werden (Bevölkerungsentwicklung, Wanderungssaldo, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote, Kaufkraft und Realsteuerkraft).

Die Auswahl dieser Indikatoren geht davon aus, dass es sich bei räumlichen Entwicklungsprozessen um multidimensionale, systemische Prozesse handelt. D. h., positive bzw. negative Entwicklungen werden dominant und verstärken sich gegenseitig. Ein Raum, eine Stadt oder eine Gemeinde ist danach umso mehr mit dem Problem Schrumpfung konfrontiert, je stärker der Arbeitsplatzrückgang, je höher die Arbeitslosenquote, je größer die Bevölkerungsabnahme, insbesondere durch Wanderungsverluste und je geringer die Kaufkraft und Realsteuerkraft sind (Folie 7).

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass vor allem der östliche Teil des Grenzraums von Schrumpfung betroffen ist. Wachsende Städte und Gemeinden sind hier die absolute Ausnahme. Positive Entwicklungen konzentrieren sich auf drei Teilräume: Westmecklenburg im Einzugsbereich von Lübeck und Hamburg, den Ohrekreis in der Nähe zu Wolfsburg und Braunschweig sowie den Raum Eisenach. Im westlichen Teil des ehemaligen innerdeutschen Grenzraums finden sich dagegen überwiegend wachsende Städte und Gemeinden. Sie scheinen die eigentlichen „Profiteure“ der Wiedervereinigung zu sein (Folie 8).

Dass, was für den ehemaligen innerdeutschen Grenzraum gilt, gilt auch bundesweit. Nach wie vor sind Wachstum und Schrumpfung in Deutschland ungleich verteilt. Im Osten konzentrieren sich die schrumpfenden, im Westen die wachsenden Städte und Gemeinden. Fast 10 % aller Städte und Gemeinden im Westen (mit einem Bevölkerungsanteil von 12,5 %) gelten aktuell noch als stark wachsend. Im Osten finden sich dagegen kaum Städte und Gemeinden mit starkem Wachstum. Dennoch: Schrumpfung breitet sich auch im Westen aus. Immerhin knapp 30 % aller westdeutschen Städte und Gemeinden sind mittlerweile von „Schrumpfung“ betroffen (Folie 9).

6. Die räumlichen Muster des demographischen Wandels

6.1 Natürliche Bevölkerungsdynamik

Im Zuge der Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Ostdeutschland hat das Fertilitätsverhalten tiefgreifende Änderungen erfahren. Nach 1989 brachen in Ostdeutschland die Geburtenzahlen ein und damit auch die zusammengefasste Geburtenziffer auf ein historisches Tief von 0,77 in den Jahren 1993 und 1994. Seither ist ein Auf- bzw. Nachholen und Überholen der Geburten zu beobachten. Aktuell haben sich die Werte für das Fertilitätsmaß angeglichen. Mit einem Wert von 1,41 liegt das Ostniveau knapp über dem Westniveau (Folie 10).

Was die Lebenserwartung betrifft, weist der Ost-West-Vergleich auf eine interessante Entwicklung hin. 1990 betrug der Vorsprung der Bundesrepublik in der Lebenserwartung rd. 30 Monate. Dieser Abstand hat sich bis 20087 bei Männern etwa halbiert, bei Frauen ist er fast komplett verschwunden, ein Hinweis auf die grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern (Folie 11).

Wie sehr die Geburtenüberschüsse von der demographischen Landkarte schon verschwunden sind und mittelfristig noch weiter verschwinden werden, machen die Karten zum „Wandel der natürlichen Bevölkerungsdynamik“ deutlich (Folie 12).

In den späten 90er Jahren hatten einige Teile der alten Länder – im Süden und im Nordwesten – ihrer günstigen Altersstruktur wegen noch Geburtenüberschüsse oder zumindest einen in etwa ausgeglichenen Saldo. Die Sterbeüberschüsse konzentrierten sich räumlich auf die Kernstädte, auf wenige entweder altindustrialisierte hochverdichtete oder strukturschwache dünn besiedelte Gebiete – vorwiegend in der Mitte und im östlichen Teil des Nordens gelegen. Nur die neuen Länder hatten bereits flächendeckend hohe bis sehr hohe Sterbeüberschüsse.

Mittelfristig, bis 2025, wird es im größeren Teil jener Gemeinden, die bisher noch Geburtenüberschüsse hatten, ebenfalls zu Sterbeüberschüssen kommen. Langfristig wird es dann bundesweit so gut wie keine Gemeinde mehr geben, die aus sich heraus wächst. Denn in allen Gemeinden liegt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau seit Jahren unter dem kritischen Wert von 2,1 für eine „Bestandserhaltung“ der Bevölkerung.

6.2 Räumliche Bevölkerungsdynamik

Die Wanderungsbilanz Ostdeutschlands weist gegenüber den westlichen Bundesländern rd. 20 Jahre nach dem Mauerfall noch immer deutlich negative Werte aus. Auch wenn die Entwicklung in den letzten Jahren spürbar hinter den Verlusten der Zeit der Grenzöffnung sowie der zweiten Abwanderungswelle um 2000 zurück bleibt, verharrt der Saldo doch konstant bei ca. minus 50.000. Die vormalige Dynamik der Fortzüge ist dabei weitgehend zum Stillstand gekommen, die Zuzüge weisen bereits seit Mitte der 90er Jahre kaum Variationen auf. Insgesamt ist der ostdeutsche Nettowanderungsverlust seit 1989 nunmehr auf zusammengekommen an die 2 Mio. Menschen angewachsen (Folie 13).

Bis auf Berlin und Potsdam sind auch noch in der jüngeren Vergangenheit alle übrigen Kreise in Ostdeutschland Verlierer der Wanderungen zwischen den alten und neuen Ländern. Gewinner im Westen sind vor allem Kreise in Bayern und Baden-Württemberg sowie die Metropolregionen Rhein-Main, Hannover und Hamburg (Folie 14).

Die innerdeutsche Wanderungsbilanz wird vornehmlich durch das Wanderungsverhalten der sog. Bildungs- und Berufswanderer, d. h. der 18- bis unter 30jährigen, sowie die Familienwanderung, d. h. die Wanderungen der 30- bis unter 50jährigen plus unter 18jährigen, bestimmt. Diese beiden Wanderungsgruppen bewirken allein den Wanderungsverlust der neuen Länder (Folie 15).

Wanderungen der 18- bis unter 30jährigen sind Reaktionen auf regional unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven bzw. Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten. Gemessen an diesem Outputindikator sind die regionalen Disparitäten in den Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten in der jüngeren Vergangenheit bundesweit, zwischen West und Ost, nicht kleiner geworden. Festzustellen ist eine anhaltend starke Abwanderung – vor allem von qualifizierten Arbeitskräften – aus vielen Regionen und ein brain drain in diesen Regionen. In vielen Städten sind die jungen Zuwanderer dagegen noch Motor eines Bevölkerungswachstums und Träger der ökonomischen Dynamik (Folie 16).

Die Binnenwanderungen der unter 18jährigen stehen als Indikator für den typischen „Suburbaniten“, als Referenzgröße für Familienhaushalte mit Kindern. Es zeigt sich für die jüngere Vergangenheit, dass in vielen Umlandkreisen der Großstädte die Suburbanisierung weiter anhält. In Wachstumsregionen mit anhaltend angespannten Wohnungsmärkten vor allem im Westen ist der Trend der Wohnsuburbanisierung nahezu ungebrochen stark (Folie 17).

Das aktuelle räumliche Binnenwanderungsmuster der über 50jährigen lässt deutlich bevorzugte Zielgebiete erkennen: Die Küstenregionen an Nord- und Ostsee sowie das landschaftlich attraktive Alpenvorland sowie Südostbayern, insgesamt ländliche Räume. Bei einem Teil dieser Altenwanderungen dürfte es sich allerdings um großräumige Suburbanisierungseffekte handeln (Agglomerationsräume München, Bremen, Hamburg und auch Berlin) (Folie 18).

6.3 Alterung der Bevölkerung

Mit Alterung ist der Prozess gemeint, durch den sich die innere Zusammensetzung der Bevölkerung und insbesondere die Relation der Altersgruppen zueinander in bestimmter Weise verändert. Der Anteil jüngerer Altersgruppen sinkt zumeist (Alterung von unten), der Anteil älterer Menschen steigt stark an (Alterung von oben). Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt ebenfalls. Der Vergleich der alten und neuen Länder macht diese beiden Varianten für die 90er Jahre deutlich: Motor der Alterung im Osten ist die Abnahme die Jugendlichen, im Westen dagegen die Zunahme der alten Menschen.

Eine Momentaufnahme für 2005 zeigt diese regionalen Altersunterschiede mit Hilfe des Biletter-Maßes: relativ jüngere Bevölkerungen in den alten Ländern und relativ ältere Bevölkerungen in den neuen Ländern. Ausnahmen bilden die suburbanen Räume des Ostens mit ihren jüngeren Bevölkerungen sowie die strukturschwachen Gebiete und landschaftlich attraktiven Regionen an der Küste und im Alpenvorland (mit Wanderungsgewinnen älterer Menschen), die überdurchschnittlich alt sind. Das langjährige Nord-Süd-Gefälle der neuen Länder (altes Sachsen versus junges Mecklenburg-Vorpommern) ist weitgehend verschwunden, die demographische Strukturgunst des Nordens der neuen Länder ist aufgezehrt (Folie 19).

Die Dynamik der Alterung bis 2025 hat ihr eigenes Muster, das von der Ausgangssituation 2005 abweicht. Große Teile der neuen Länder, insbesondere wenn sie eine geringe Verdichtung aufweisen, werden schneller altern. Im Westen ist dieser siedlungsstrukturelle Zusammenhang ebenfalls festzustellen, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Signifikant schneller altern im Westen suburbane Räume mit nachlassender Zuzugsintensität. Resultat dieser Entwicklung wird sein, dass die vormals älteren Städte bis 2025 im Durchschnitt eine jüngere Bevölkerung haben werden als ihr Umland oder auch als die ländlichen Regionen (Folie 19).

Eine Besonderheit der jüngeren Vergangenheit und der näheren Zukunft ist der teils abrupte Verlauf der demographischen Wellen. Auslöser dafür war der schon gezeigte rapide Geburtenrückgang der neuen Länder in der Wendezeit. An den einzelnen Altersklassen der Bildungsbevölkerung kann exemplarisch gezeigt werden, welchen Einfluss diese Wellen auf die Elemente des Bildungssystems ausübten und noch ausüben werden (Folie 20).

Die demographischen Wellen durchlaufen auch die Gruppe der Erwerbspersonen. Der Alterungsprozess hat dabei zwei Auswirkungen: Zum einen nimmt die Zahl der Erwerbspersonen ab, weil die hinzukommenden Jahrgänge schwächer besetzt sind als die Ausscheidenden. Zum anderen verändert sich die innere Zusammensetzung der Erwerbspersonen. Der Anteil älterer Erwerbspersonen steigt, während die jüngeren weniger werden (Folie 21).

7. Die räumlichen Muster des demographischen Wandels

Die kartographische Darstellung des Wandels der Bevölkerungsdynamik im Zeitablauf macht deutlich, dass der Wechsel vom Wachstum zur Schrumpfung, zentrales Charakteristikum des demographischen Wandels, in der nächsten Zukunft vorwiegend in den alten Ländern auftreten wird. Jene Gemeinden, die in der Vergangenheit noch Wachstum hatten, in der Zukunft jedoch mit Bevölkerungsabnahme rechnen müssen, liegen weit häufiger im Westen. Die Systematik des Prozesses schlägt sich im räumlichen Muster nieder. Der kleinräumige Wandel hinterlässt nicht mehr den bisherigen Flickenteppich. Der Raum arrondiert sich in großen, zusammenhängenden Flächen, in denen künftig Bevölkerungsabnahme stattfinden wird (Folie 22).

8. Raum- und stadtentwicklungspolitischer Handlungsbedarf

Fazit: Vieles spricht dafür, dass wir mittelfristig weiter von einem räumlichen Nebeneinander und der Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen ausgehen müssen. Aus raum- und stadtentwicklungspolitischer Sicht besteht dabei der größte Handlungsbedarf in den schrumpfenden Städten und Gemeinden, wenn man an der Zielsetzung – wie sie in der Koalitionsvereinbarung im Kapitel 6 „Deutsche Einheit“ festgeschrieben ist – festhält, die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen. Die Karte „Bevölkerung in schrumpfenden Städten und Gemeinden“ verdeutlicht noch einmal eindrucksvoll diesen Handlungsbedarf.

Weitere Informationen unter www.bbsr.bund.de und www.raumbeobachtung.de